

Emissionshandel | 21.05.2015 | Lesezeit 2 Min.

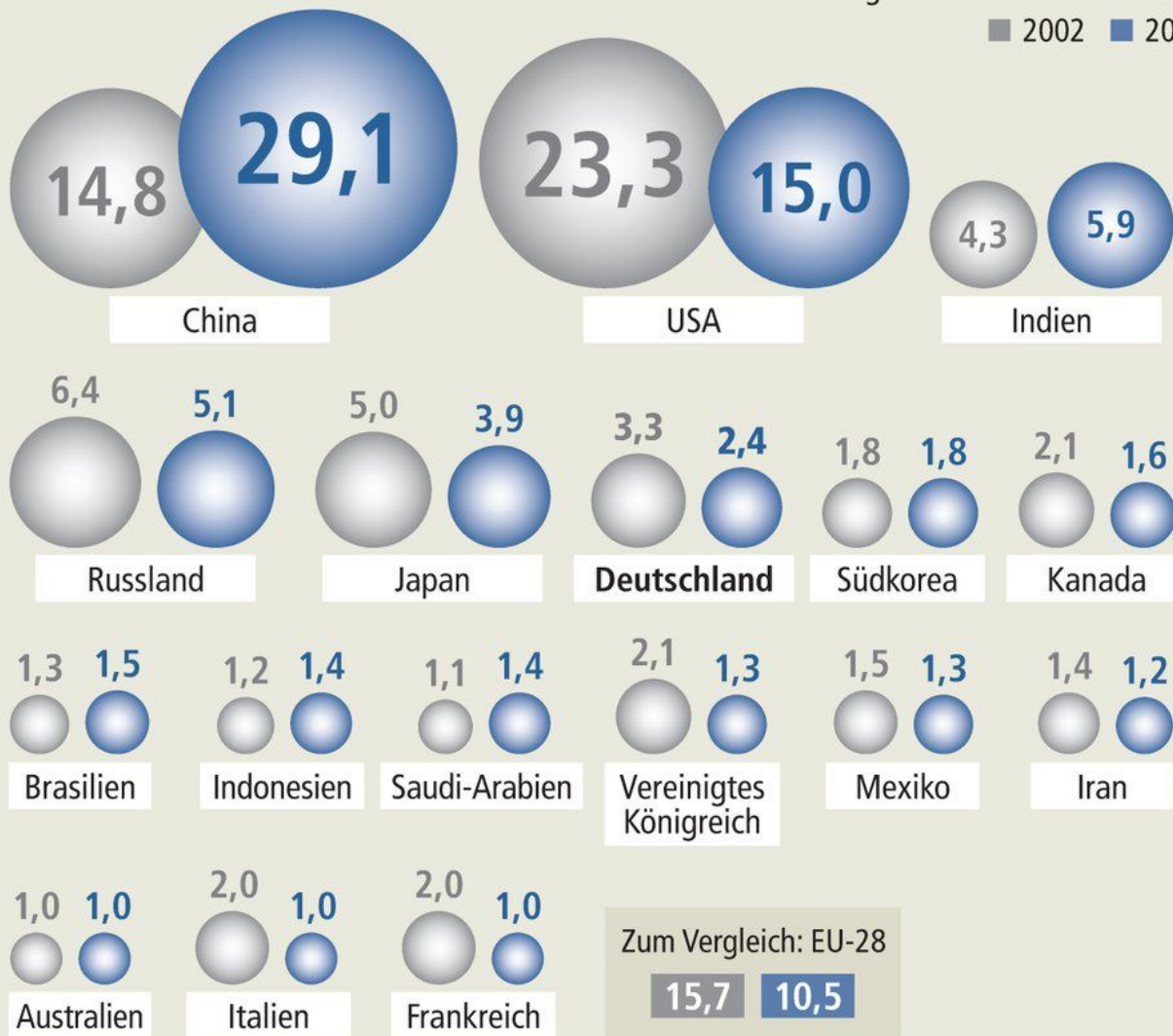
„Nur ein winziger Tropfen im Ozean“

Die EU will den Handel mit Emissionsrechten reformieren. Ab 2019 sollen die neuen Regeln greifen - und den Preis für die Verschmutzungsrechte nach oben treiben. Auf einer Veranstaltung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in Brüssel beurteilten Energieexperten die Erfolgsaussichten dieses Vorhabens jedoch ganz unterschiedlich.

Die größten Klimasünder

So viel Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen gehen auf das Konto von ...

■ 2002 ■ 2013



Quelle: Datenbank EDGAR (Emission Database for Global Atmospheric Research)

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 21

Der Emissionshandel ist das zentrale Element des EU-Klimaschutzes. Seit 2005

müssen rund 11.000 Stromerzeuger und Industrieunternehmen für jede Tonne Treibhausgas, die sie verursachen, ein Verschmutzungszertifikat vorweisen. Weil die Zertifikate Geld kosten, soll dies die Betriebe animieren, in emissionsreduzierende Umweltschutztechnik zu investieren, statt in Verschmutzungsrechte. Mithilfe dieses Systems will die EU ihre CO₂-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 senken.

So weit die Theorie. In der Praxis hat der EU-Emissionshandel das Problem, dass die Zertifikate aktuell nur etwa 7 Euro kosten. „Dieser Preis hat keinerlei Effekte, das ist für die Unternehmen nur eine Art Steuer“, so Jesse Scott von der Internationalen Energieagentur auf einer Diskussionsveranstaltung des IW Köln zum europäischen Emissionshandel Anfang Mai in Brüssel.

Damit der Emissionshandel wieder mehr Investitionen in den Klimaschutz auslöst, hat die EU nun beschlossen, die Zahl der Zertifikate künstlich zu verknappen – das soll ihren Preis nach oben treiben und so den CO₂-Ausstoß drosseln. Von den in Umlauf gebrachten rund 2 Milliarden Zertifikaten sollen ab 2019 ab einer Grenze von 833 Millionen Zertifikaten am Markt 12 Prozent aus dem Handel genommen werden.

Für Peter Zapfel, Mitglied der Generaldirektion Klimapolitik der EU-Kommission, ist die Einführung der Stabilitätsreserve eine „signifikante Entscheidung“. Eine willkommene Änderung, die mehr Dynamik in den Emissionshandel bringe, sind die Pläne der EU-Kommission auch für Birgitte Bay, die für das dänische Energieunternehmen Dong an der Veranstaltung teilnahm – Dong setzt vor allem auf Offshore-Windkraft und Biomasse zur Stromerzeugung.

Weitere Reformwege zeigte Hubertus Bardt auf, Leiter Wissenschaft am IW Köln. Zum einen ließen sich zusätzliche Sektoren wie der Verkehr in den Emissionshandel integrieren, zum anderen könne man das europäische System mit anderen Emissionssystemen weltweit verknüpfen. Zurzeit praktizieren 40 Länder ähnliche Verfahren wie die EU, auch einzelne Städte und Regionen haben Maßnahmen zur CO₂-Reduktion umgesetzt. Insgesamt unterliegen rund 50 Prozent der globalen Emissionen einem regulatorischen Mechanismus.

Auf weltweite Fortschritte beim Klimaschutz hoffen alle Teilnehmer der IW-Veranstaltung mit Blick auf die UN-Klimakonferenz Ende November in Paris. Denn eines machte Jesse Scott von der Internationalen Energieagentur unmissverständlich klar: „Der europäische Emissionshandel ist nur ein winziger Tropfen im Ozean.“

Kernaussagen in Kürze:

- Ab 2019 sollen in der EU neue Regeln für den Emissionsschutz gelten.
- Zurzeit praktizieren 40 Länder ähnliche Verfahren wie die EU.
- Insgesamt unterliegen rund 50 Prozent der globalen Emissionen einem regulatorischen Mechanismus.